



Verband der Solidarität freier Wohlfahrtsorganisationen e.V.

Info-Brief Januar 2020

Berufseinstiegsbegleitung: Sechs Bundesländer setzen Förderprogramm fort

Für den Start ins Berufsleben ist es wichtig, möglichst bald nach der Schule ein Studium oder eine Berufsausbildung zu beginnen. Für junge Menschen, die schon in der Schule Schwierigkeiten haben und nicht sicher sind, ob sie den Abschluss schaffen oder gar einen Ausbildungsplatz finden, bietet die Berufseinstiegsbegleitung (BerEb) Hilfe an. Bis 2019 gab es dieses Hilfsangebot finanziert je zur Hälfte ...

[Weiterlesen](#) in den Jugendsozialarbeit News vom 21.01.2020

[Berufseinstiegsbegleitung läuft weiter](#)

Neue BOF-Förderrichtlinie ("Berufsorientierung für Flüchtlinge")

Das Programm "Berufsorientierung für Flüchtlinge – BOF" des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) unterstützt die Integration von Geflüchteten und Neuzugewanderten in Ausbildung. Zum Ende des letzten Jahres wurde die Förderrichtlinie aktualisiert und veröffentlicht. Die neue Richtlinie gibt Antworten auf die Fragen, worauf es bei einem Förderantrag ankommt und welche Fristen und Kriterien bei der Antragstellung zu beachten sind und ermöglicht die Durchführung von BOF-Kursen bis Ende 2021.

[BOF: Informationen zur Antragstellung](#)

"AusbildungWeltweit" öffnet sich 2020 für Berufsschulen

Seit 2017 fördert "AusbildungWeltweit" Auslandsaufenthalte für Auszubildende und Bildungspersonal rund um den Globus.

2020 treten Neuerungen in Kraft, durch die das Förderprogramm mehr Menschen erreichen wird: Künftig können auch Berufsschulen Förderanträge stellen und Auszubildende in vollzeitschulischen Berufsausbildungen werden förderfähig. Die Änderungen gelten bereits in den nächsten drei Antragsrunden – im Februar, Juni und Oktober 2020.

Weitere Informationen rund um die Antragstellung und die neue Förderrichtlinie unter ["AusbildungWeltweit"](#)

Inklusionspreis NRW: Digitalisierung als Schwerpunkt

Das Schwerpunktthema des [Inklusionspreis des Landes Nordrhein-Westfalen 2020](#) lautet dieses Jahr "Teilhabe durch Digitalisierung". Zu diesem Schwerpunktthema werden insgesamt drei Preise mit jeweils 5.000, 4.000 und 3.000 Euro vergeben. Außerdem gibt es Fach- und Sonderpreise in verschiedenen Kategorien, die mit jeweils 3.000 Euro dotiert sind.

Bewerben können sich Vereine, Initiativen, Netzwerke, Selbsthilfegruppen, Kirchen, freie und öffentliche Träger, Unternehmen, Verbände, Bildungseinrichtungen, Kindergärten und Schulklassen, die sich dem Thema Inklusion widmen. Der Inklusionspreis Nordrhein-Westfalen wird alle zwei Jahre vergeben. Bewerbungsschluss ist der 15. Februar 2020.

Jeder sechste Arbeitslose hat keinen Schulabschluss

Bildung und Ausbildung schützen vor Arbeitslosigkeit. Umgekehrt führen fehlende Qualifikationen häufig zu schlechten Chancen am Arbeitsmarkt und der langfristigen Abhängigkeit von Grundsicherungsleistungen. Besonders im Hartz-IV-System ist die Problematik verbreitet, wie die Statistik der Bundesagentur für Arbeit (BA) belegt.

[Weiterlesen](#) bei O-Ton Arbeitsmarkt

Studie zeigt positive Wirkung von Bundesprogramm "Soziale Teilhabe am Arbeitsmarkt" auf die Lebensqualität der Teilnehmenden

Geförderte Arbeitsstellen können die Lebensqualität und soziale Teilhabe von Langzeitarbeitslosen deutlich verbessern. Das zeigt eine Evaluation des im Dezember 2018 ausgetragenen Bundesprogramms "Soziale Teilhabe am Arbeitsmarkt".

[Weiterlesen](#) bei O-Ton Arbeitsmarkt

Geförderte Jobs: 42.000 Beschäftigte am sozialen Arbeitsmarkt

Insgesamt 150.000 Langzeitarbeitslose will die Große Koalition bis 2024 in den sozialen Arbeitsmarkt integrieren. Im Dezember 2019 waren 42.000 Personen in einer geförderten Stelle am Sozialen Arbeitsmarkt tätig. Rund elf Prozent der Beschäftigungsverhältnisse wurden vorzeitig beendet.

[Weiterlesen](#) bei O-Ton Arbeitsmarkt

Jobcenter-Vergleich: Gemäß § 16i SGB II ("Teilhabe am Arbeitsmarkt") geförderte Arbeitsverhältnisse 09/2019

Das Bremer Institut für Arbeitsmarktforschung und Jugendberufshilfe (BIAJ) hat recherchiert wieviel Arbeitsverhältnisse von den einzelnen Jobcentern gemäß § 16i SGB II ("Teilhabe am Arbeitsmarkt") gefördert wurden und wieviel dies im Verhältnis zum Bestand der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten (ELB) und den sog. Langzeitleistungsbezieher/innen (LZB) sind.

Gemessen am ELB- bzw. LZ-Bestand wurden im Ländervergleich in Thüringen die meisten Arbeitsverhältnisse gemäß § 16i SGB II gefördert (14,3 pro 1.000 ELB bzw. 19,9 pro 1.000 LZB), im Großstadtvergleich in Berlin (8,9 pro 1.000 ELB) bzw. in Nürnberg (12,5 pro 1.000 LZB) und im Jobcentervergleich in Suhl (TH) (30,1 pro 1.000 ELB bzw. 44,0 pro 1.000 LZB). Die Grunddaten beziehen sich auf den Berichtsmonat September 2019, der bei Redaktionsschluss (23.01.2020) aktuellste Monat mit den nach einer Wartezeit von drei Monaten revidierten Daten der Statistik der Bundesagentur für Arbeit (BA).

[Hier](#) die BIAJ-Tabelle vom 23.01.2020 zu den gemäß § 16i SGB II ("Teilhabe am Arbeitsmarkt") geförderten Arbeitsverhältnissen in den 406 Jobcentern, den 302 Jobcentern gE und 104 Jobcentern zkt - und differenziert nach den Jobcentern, die in das am 31. Dezember 2018 beendete Bundesprogramm "Soziale Teilhabe am Arbeitsmarkt" einbezogen bzw. nicht einbezogen waren.

Jobcenter: "Leistungen zur Eingliederung nach dem SGB II" 2019 – Ausgabemittel und Ausgaben

Im Haushaltsjahr 2019 wurden von den 302 Jobcentern gE ("gemeinsame Einrichtungen" von Bundesagentur für Arbeit (BA) und Kommunen; ohne die 104 Jobcenter (in kommunaler Trägerschaft) insgesamt 2,979 Mrd. Euro für "Leistungen zur Eingliederung nach dem SGB II" ausgegeben – 80,9 Prozent der den Jobcentern gE für diesen Zweck zugeteilten 3,681 Mrd. Euro. Im Vergleich zum Vorjahr 2018 (mit einer erst im Juli 2018 abgeschlossenen Phase der "vorläufigen Haushaltsführung") wurde von den Jobcentern gE 665 Mio. Euro (28,7 Prozent) mehr für "Leistungen zur Eingliederung nach dem SGB II" ausgegeben. Die Mehrausgaben in Höhe von 665 Mio. Euro reduzieren sich allerdings auf 521 Mio. Euro, wenn die Minderausgaben bei den nicht im SGB II geregelten (weitgehend beendeten) Bundesprogrammen in Höhe von 215 Mio. Euro und die Ausgaben in Höhe von 71 Mio. Euro aus dem zum 1. Januar 2019 eingeführten sog. Passiv-Aktiv-Transfer (PAT) berücksichtigt werden. 702 Mio. Euro (19,1 Prozent) der den Jobcentern gE für "SGB-II-Eingliederungsleistungen" zugeteilten Mittel wurden 2019 nicht für diese Leistungen ausgegeben.

[Hier](#) die BIAJ-Materialien vom 20.01.2020 mit Länderdaten (immer nur Jobcenter gE) zu den Ausgabemitteln und Ausgaben (differenziert nach den einzelnen Leistungen).

“heute im bundestag“ – Meldungen Januar 2020 – In chronologischer Reihenfolge**Bildung für nachhaltige Entwicklung**

Das Bildungswesen soll noch stärker am Leitprinzip der Nachhaltigkeit ausgerichtet werden. Das schreibt die Bundesregierung in ihrer Antwort ([19/15696](#)) auf eine Kleine Anfrage von Bündnis 90/Die Grünen ([19/14655](#)) deutlich. Entsprechend setze die Bundesregierung in Kooperation mit den Ländern das UNESCO-Weltaktionsprogramm Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) (2015 bis 2019) in Deutschland um. In der Nationalen Plattform (NP) BNE, dem obersten Lenkungsgremium dieses Prozesses, sind unter Vorsitz des Bundesministeriums für Bildung und Forschung 39 Entscheidungsträger/innen von Bund, den Ländern, Vertretungen der Kommunen, der Zivilgesellschaft, Wirtschaft, Wissenschaft sowie junge Menschen der genannten Akteursgruppen vertreten.

Nachhaltig definiert die Bundesregierung in der Antwort mit Verweis auf den sogenannten Brundtland-Berichts von 1987 als eine Entwicklung, "die den Bedürfnissen der heutigen Generation entspricht, ohne die Möglichkeiten künftiger Generationen zu gefährden, ihre eigenen Bedürfnisse zu befriedigen und ihren Lebensstil zu wählen". Der BNE setze dieses Nachhaltigkeitsverständnis voraus und schließe dabei die ökonomische, ökologische und soziale Dimension der Nachhaltigkeit ein, heißt es in der Antwort...

[Weiterlesen](#) in der hib-Meldung 16 vom 07.01.2020

Digitalisierung und Inklusion

Um Maßnahmen zur Umsetzung der Digitalstrategie der Bundesregierung geht es in deren Antwort ([19/15902](#)) auf eine Kleine Anfrage der AfD-Fraktion ([19/15411](#)). Darin erkundigte sich die Fraktion nach "Inklusionstagen" als Umsetzungsschritte zu der Maßnahme "Fort-schreibung des Nationalen Aktionsplans zur UN-Behindertenrechtskonvention mit dem Schwerpunkt "Digitalisierung und Inklusion". Wie die Bundesregierung dazu ausführt, finden die Inklusionstage seit dem Jahr 2013 regelmäßig jedes Jahr zu anderen Schwerpunktthe-men statt und richten sich unter anderem "an Menschen mit Behinderungen und ihre Ver-bände, an Organisationen der Zivilgesellschaft, an Leistungsträger sowie Leistungserbringer". Im Jahr 2019 fanden die Inklusionstage den Angaben zufolge am 11. und 12. Novem-ber zu den Themen "Kultur, Freizeit, Sport und Tourismus" statt.

Quelle: hib-Meldung 17 vom 07.01.2020

Zugang zu Teilhabeleistungen

Der Bundesregierung liegen keine repräsentativen trägerübergreifenden Erkenntnisse über Probleme bei der Inanspruchnahme von Teilhabeleistungen durch Menschen mit Behinde-rungen vor. Das schreibt sie in ihrer Antwort ([19/16281](#)) auf eine Kleine Anfrage ([19/15766](#)) der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Aus Sicht der Regierung seien die rechtlichen und tatsächlichen Rahmenbedingungen für eine umfassende Beratung auf Augenhöhe durch die Sozialleistungsträger gegeben, heißt es in der Antwort weiter.

Quelle: hib-Meldung 36 vom 09.01.2020

Bildungsmaßnahmen in Jobcentern

Der Bundesregierung liegen keine Erkenntnisse darüber vor, dass in Jobcentern Druck auf Mitarbeiter ausgeübt wird, um Hartz-IV-Bezieher in Bildungsmaßnahmen unterzubringen und dabei eine bestimmte Quote zu erfüllen. Das betont sie in ihrer Antwort ([19/15448](#)) auf eine Kleine Anfrage ([19/14947](#)) der AfD-Fraktion.

Quelle: hib-Meldung 36 vom 09.01.2020

Atypische Bildungswege thematisiert

Mit neuen Wegen in neue Berufe sowie Chancen und Risiken dieser hat sich die Enquete-Kommission "Berufliche Bildung in der digitalen Arbeitswelt" in einer öffentlichen Anhörung beschäftigt. In der ersten Sitzung des Jahres ging es um atypische, kreative Bildungswege, vor allem mit Blick auf den IT-Bereich.

"Private Anbieter bieten Qualifizierungen oder Qualifizierungsbausteine mit eigenen Systematiken an, die wie berufsähnliche Abschlüsse - jenseits des bisherigen deutschen Ordnungsrahmens der Berufswege - wirken", sagte der Vorsitzende der Kommission, Stefan Kaufmann (CDU). Die Kommission wolle daher klären, wie diese Entwicklungen zu bewerten seien und wie solche Zertifizierungen durch Politik, Verbände und Sozialpartner im Berufsbildungssystem eingeordnet, dokumentiert und auch validiert werden könnten...

[Weiterlesen](#) in der *hib-Meldung 52 vom 13.01.2020*

Lohnkostenzuschüsse an Arbeitgeber

Von Januar 2019 bis Ende November 2019 haben die gemeinsamen Einrichtungen (gE) rund 267 Millionen Euro für Entgeltzuschüsse im Rahmen der Paragraphen 16e und 16i des SGB II (Zweites Buch Sozialgesetzbuch) ausgegeben. Das geht aus einer Antwort ([19/16312](#)) der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage ([19/16087](#)) der AfD-Fraktion hervor. Das zum 1. Januar 2019 in Kraft getretene Teilhabechancengesetz mit dem Ziel, Langzeitarbeitslose über Lohnkostenzuschüsse leichter in den Arbeitsmarkt zu integrieren, hatte die Bedingungen für Lohnkostenzuschüsse nach dem SGB II geändert.

Quelle: hib-Meldung 60 vom 15.01.2020

Gesundheit und atypische Beschäftigung

Atypische Beschäftigungsformen (Teilzeit, Befristung, Leiharbeit, geringfügige Beschäftigung) wirken sich nicht automatisch negativ auf die allgemeine Gesundheit und das psychische Wohlbefinden der Beschäftigten aus. Das schreibt die Bundesregierung in ihrer Antwort ([19/16172](#)) auf eine Kleine Anfrage ([19/15314](#)) der Fraktion Die Linke. Die Regierung bezieht sich dabei auf mehrere wissenschaftliche Untersuchungen zum Thema, nach denen es zwar Hinweise gebe, dass sich atypische Beschäftigungen in kleiner bis mittlerer "Effektstärke" auf die Anfälligkeit für Depressionen auswirken können. Für die allgemeine Gesundheit seien in den Studien jedoch keine statistisch relevanten Ergebnisse gefunden worden, heißt es in der Antwort weiter.

Quelle: hib-Meldung 61 vom 15.01.2020

Berichte zum Teilhabechancengesetz

Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung legt dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales zum 31. Dezember 2020 und zum 31. Dezember 2023 jeweils einen Bericht zur Umsetzung des Teilhabechancengesetzes und damit auch zur Wirkung der Paragraphen 16e und 16i des SGB II (Zweites Buch Sozialgesetzbuch) vor. Das schreibt die Bundesregierung in ihrer Antwort ([19/16301](#)) auf eine Kleine Anfrage ([19/15994](#)) der AfD-Fraktion.

Quelle: hib-Meldung 67 vom 15.01.2020

Leistungen der Eingliederungshilfe

Die Zahl der Menschen mit Behinderungen, die Leistungen der Eingliederungshilfe beziehen, ist in den vergangenen Jahren gestiegen. Das geht aus Daten von Modellprojekten hervor, auf die sich die Unterrichtung ([19/16470](#)) der Bundesregierung zu Ergebnissen nach Artikel 25 des Bundesteilhabegesetzes bezieht. Demnach ist die Zahl der Leistungsempfänger in den Modellprojekten von 2016 auf 2017 um ein Prozent und von 2017 auf 2018 um drei Prozent gestiegen. Dieser Anstieg entspreche in etwa dem relativen Anstieg der EGH-Leistungsempfänger im gesamten Bundesgebiet. Auffällig sei, dass die erste Anhebung der Einkommens- und Vermögensgrenzen zum 1. Januar 2017 mit keinem disproportionalen Anstieg der Anzahl der Leistungsempfänger einhergehe, heißt es in der Unterrichtung.

Quelle: hib-Meldung 92 vom 22.01.2020

Reform des Ausbildungswesens

Die Ausbildungsordnungen werden kontinuierlich an die neuen Herausforderungen der Arbeitswelt angepasst. So soll die Attraktivität der Ausbildungsberufe erhalten wie auch gesteigert werden, betont die Bundesregierung in der Antwort ([19/16657](#)) auf eine Kleine

Anfrage der AfD-Fraktion ([19/16097](#)). Diese hatte darauf hingewiesen, dass es laut "Berufsbildungsberichts 2019" im Jahr 2018 rund 57.656 unbesetzte Ausbildungsstellen und in zahlreichen Berufsbranchen einen erheblichen Mangel an Auszubildenden gegeben habe... [Weiterlesen](#) in der *hib-Meldung 101 vom 27.01.2020*

Ausschluss von Frauen

Eine Körperschaft kann dann nicht gemeinnützig sein, wenn sie Frauen ohne sachlichen Grund von der Mitgliedschaft ausschließt. Auf dieses Urteil des Bundesfinanzhofes vom 17. Mai 2017 weist die Regierung in ihrer Antwort ([19/16511](#)) auf eine Kleine Anfrage der FDP-Fraktion ([19/16004](#)) hin. Dann heißt es weiter, die Überlegungen des Bundesfinanzministeriums zu einer Gesetzesinitiative seien noch nicht abgeschlossen. Der Bundesfinanzhof lasse die Nichtaufnahme eines Geschlechts aus sachlichen Gründen zu, heißt es in der Antwort weiter.

Quelle: hib-Meldung 118 vom 29.01.2020

Steigende Zahl von Nebentätigkeiten

Im Jahr 2018 haben von 41,8 Millionen Erwerbstätigen rund 2,2 Millionen mehr als eine Tätigkeit ausgeübt. Das geht aus einer Antwort ([19/16658](#)) der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage ([19/16288](#)) der Fraktion Die Linke hervor. Unterteilt nach Branchen war dies besonders im Dienstleistungssektor der Fall. Seit 1994 ist der Anteil der Beschäftigten mit Nebentätigkeit von 1,5 Prozent auf aktuell 5,3 Prozent gestiegen. Aus der Antwort geht weiter hervor, dass es nach Daten des Mikrozensus 2018 rund vier Millionen Selbständige in Deutschland gab. Im Nebenerwerb selbständig waren weitere 670.000 Menschen. Rund drei Millionen Selbständige haben nach Aussage der Bundesregierung keine obligatorische Altersabsicherung.

Quelle: hib-Meldung 119 vom 29.01.2020

Aktuelle Presseartikel zur Zunahme von Mehrfachbeschäftigungen

"Zeit.de" – [Immer mehr Menschen haben einen zusätzlichen Nebenjob](#)

"welt.de" – [Zahl der Menschen mit mehreren Jobs steigt auf über 3,5 Millionen](#)

"moz.de" – [Millionen mit Nebenjobs – Neuer Rekord in Deutschland](#)

"tagesschau.de" – [Warum steigen Mehrfachbeschäftigungen?](#)

Arbeitsrecht

Benachteiligung schwerbehinderter Bewerber

Geht dem öffentlichen Arbeitgeber die Bewerbung einer fachlich nicht offensichtlich ungeeigneten schwerbehinderten oder dieser gleichgestellten Person zu, muss er diese nach § 82 Satz 2 SGB IX aF* zu einem Vorstellungsgespräch einladen. Unterlässt er dies, ist er dem/der erfolglosen Bewerber/in allerdings nicht bereits aus diesem Grund zur Zahlung einer Entschädigung nach § 15 Abs. 2 AGG verpflichtet. Das Unterlassen einer Einladung zu einem Vorstellungsgespräch ist lediglich ein Indiz iSv. § 22 AGG**, das die Vermutung begründet, dass der/die Bewerber/in wegen seiner/ihrer Schwerbehinderung bzw. Gleichstellung nicht eingestellt wurde. Diese Vermutung kann der Arbeitgeber nach § 22 AGG widerlegen...

Bundesarbeitsgericht, [Urteil vom 23. Januar 2020 - 8 AZR 484/18](#) –

Ehrenamt ohne Unfallversicherungsschutz

Eine ehrenamtlich für einen Tierschutzverein tätige Person, die streunende Tiere füttert, hat im Falle eines Unfalls keinen Anspruch auf Entschädigungsleistungen aus der gesetzlichen Unfallversicherung. Wenn diese Tätigkeit als Ehrenamt ausgeführt wird, handelt es sich um eine unversicherte Freizeitbeschäftigung. Für Tätigkeiten, die unmittelbare Begründung für die Vereinsmitgliedschaft sind, kann der Verein entsprechende Versicherungen abschließen.

Sozialgericht Dortmund, [Urteil vom 6. Juni 2019 – S 18 U 452/18](#)

Aktuelles aus dem Internet

Gesetze und Neuerungen: Das ändert sich 2020 für Arbeitgeber

Da neue Jahr bringt auch eine Reihe neuer Gesetze mit sich. "[Faktor A](#)", das Arbeitgebermagazin der Bundesagentur für Arbeit, nennt die wichtigsten Änderungen für Unternehmer.

Sozialpolitische Änderungen 2020

Zum Jahreswechsel traten einige Gesetze und Gesetzesänderungen in Kraft, wie beispielsweise das Angehörigenentlastungs- und Bundesteilhabegesetz.

Alle Infos dazu auf dem Nachrichtenportal "[Sozial.de](#)".

Was ändert sich 2020 beim Mindestlohn?

Der gesetzliche Mindestlohn beträgt seit dem 1. Januar 2020 9,35 Euro.

Im [DGB Newsletter](#) lesen Sie alle wichtigen Informationen zum Mindestlohn im Jahr 2020.

Wie die Qualifizierung und Integration von Langzeitarbeitslosen gelingen kann

BMAS und "Politik" kommentieren die IAB Analyse zur Qualifizierung und Integration von Langzeitarbeitslosen in der bag arbeit Verbandszeitschrift: "[Forum Arbeit](#)"

Was benötigen und wie gelingen Wiedereinstiege?

Das Zentrum für Evaluation und Politikberatung (ZEP) hat seinen [Abschlussbericht](#) zum Forschungsprojekts "Was benötigen und wie gelingen Wiedereinstiege von [exkludierten](#) Personen in soziale und arbeitsmarktliche Zusammenhänge?" veröffentlicht.

BA: Aktuelle Entwicklungen in der Zeitarbeit

In der Reihe "Berichte: Blickpunkt Arbeitsmarkt" informiert die Bundesagentur für Arbeit über "[Aktuelle Entwicklungen in der Zeitarbeit](#)"

Budget für die Ausbildung behinderter Menschen ausgeweitet

Menschen mit Behinderung können Leistungen zur beruflichen Bildung nach SGB IX seit dem 01.01.2020 auch dann erhalten, wenn sie eine reguläre betriebliche Ausbildung oder eine Fachpraktikerausbildung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt absolvieren. Bislang war dies auf Werkstätten oder andere Leistungsanbieter beschränkt.

[Rehadat Bildung: Budget für Ausbildung](#)

Der Kompetenztest "MYSKILLS" ermittelt das Potenzial der Ungelernten

Der digitale Test "MYSKILLS" soll zeigen, welche im Beruf geforderten Kompetenzen jemand ohne formalen Abschluss besitzt. Alle Infos und Erfahrungen von Arbeitgebern dazu in: "[Faktor A. Das Arbeitgebermagazin der Bundesagentur für Arbeit](#)"

SVR Jahresgutachten 2019

Das [SVR-Jahresgutachten 2019](#) des Sachverständigenrates deutscher Stiftungen für Integration und Migration zieht für die Bereiche Migration und Integration eine Bilanz der letzten Jahre.

Veröffentlichungen

"Wachsende Graubereiche in der Beschäftigung"

Neben der zunehmenden Bedeutung atypischer Beschäftigungsverhältnisse lässt sich in etwa seit der Jahrtausendwende aber auch ein verstärktes Auftreten neuer, d.h. jenseits der bekannten Kategorien von atypischer oder typischer abhängiger Beschäftigung und ausschließlicher Selbständigkeit liegenden, Arbeits- und Beschäftigungsformen konstatieren, bei denen die Grenzen zwischen Arbeitgeber/-in und Arbeitnehmer/-in in zunehmendem Maße verschwimmen.

Zu diesem Ergebnis kommt eine [aktuelle Publikation](#) der Hans-Böckler-Stiftung.

Geschlechterbedingte Präferenzen bei Kündigungsverhalten, Arbeitszufriedenheit und Jobwahl

Das geschlechtsspezifische Lohngefälle zwischen Männern und Frauen - der "Gender Pay Gap" - zählt zu den wohl meistdiskutierten Themen der empirischen Arbeitsmarktforschung. Drei [aktuelle Forschungspapiere](#) (Englisch) gehen aus verschiedenen Perspektiven der Frage nach, warum Frauen offenbar weniger Wert auf die Bezahlung legen als Männer.

Evaluation des Bundesprogramms "Soziale Teilhabe am Arbeitsmarkt" (Endbericht)

Ziel der Evaluation war, zu erforschen, inwieweit geförderte Beschäftigung im Rahmen des Programmes einen Impuls für vermehrte soziale Teilhabe setzt und inwieweit diese Teilhabeeffekte messbar sind.

[Mehr Infos und Download](#)

"Befristete Beschäftigung – Politik muss endlich handeln"

Nach Einschätzung des DGB senken Befristungen die Chancen auf Aufstieg und ein gutes Einkommen, während das Risiko für Armut und Arbeitslosigkeit steigt.

"Arbeitsplatzunsicherheit hat großen Einfluss auf das gesamte Leben: Wer befristet arbeitet, hat schlechtere Chancen auf einen Mietvertrag oder einen Kredit und engagiert sich im Unternehmen seltener als Betriebsrat. Auch Familienplanung wird mitunter immer wieder aufgeschoben. Befristungen machen erpressbar, schaffen Beschäftigte zweiter Klasse und höhlen den Kündigungsschutz aus...", so die DGB Vorstandsvorsitzende Annelie Buntentbach.

Im neuen DGB Arbeitsmarkt-aktuell werden die aktuellen Entwicklungen analysiert und daraus resultierend entsprechende Forderungen an die Politik gestellt.

["Wir wollen den Missbrauch bei den Befristungen abschaffen"](#)

Berufseinstiegsbegleitung

Die Broschüre informiert Lehrer/innen und Eltern über die Berufseinstiegsbegleitung und stellt die Chancen einer gemeinsamen Netzwerkarbeit dar.

[Mehr Infos und Download](#)

Gleichstellungsatlas der Diakonie

Der Atlas zur Gleichstellung von Frauen und Männern in der Diakonie 2019 präsentiert erstmalig verlässliche Zahlen darüber, wie Frauen und Männer in Führungspositionen, Aufsichts- und Entscheidungsgremien vertreten sind. Darüber hinaus informiert er auch über die Zusammensetzung der Belegschaften in der Diakonie - sowohl unter dem Aspekt des Geschlechts als auch weiterer Vielfaltskriterien.

[Zusammenfassung und Download im BFS Trendinfo 1/2020](#)

Berufliche Integration durch Sprache – BIBB Sammelband zur Sprachvermittlung in Ausbildung und Beruf

Durch die verstärkte Migration innerhalb Europas und nach Europa entsteht ein wachsender Bedarf an sprachsensiblen Ausbildungsangeboten in Schulen und Betrieben, aber auch an berufsbezogener, arbeitsbegleitender Deutschvermittlung.

Der [neue Sammelband des BIBB](#) beschäftigt sich mit den sprachlich-kommunikativen Anforderungen am Arbeitsplatz im Kontext der Integration zugewanderter Arbeitskräfte in den deutschen Arbeitsmarkt und den Konsequenzen für Schule und Ausbildung.

Praxisleitfaden für Berufsorientierung und -vorbereitung

Zahlreiche Personen mit Flucht- und Migrationshintergrund erhalten in der Berufsorientierung und -vorbereitung die für sie wichtige Unterstützung zur Aufnahme einer beruflichen Ausbildung. Das Forschungsinstitut Betriebliche Bildung (f-bb) hat im Auftrag des BIBB erstmalig geeignete Kriterien für die Auswahl von Teilnehmenden definiert und mögliche Auswahlverfahren identifiziert und bewertet.

Dieser [Praxisleitfaden](#) stellt Kriterien für eine transparente und zielgruppenspezifische Auswahl vor und beinhaltet Steckbriefe, in denen ausgewählte Verfahren vorgestellt werden.

Zugang per Zufallsprinzip? Neuzugewanderte auf dem Weg in die berufliche Bildung

Die berufliche Integration von jungen Flüchtlingen hängt zu einem guten Teil vom Zufall ab, das zeigt eine [qualitative Studie](#) des Forschungsbereichs beim Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR). Die Berater/innen in Berufsschulen, Wohnheimen, Wohlfahrtsorganisationen und anderen Einrichtungen spielen demnach eine entscheidende Rolle bei der Überwindung von Hürden beim Zugang zu beruflicher Bildung: Sie dienen als Wegweiser im deutschen "Ausbildungsdschungel".

IAB Kurzbericht 3/2020: Beschränkungen der Wohnortwahl für anerkannte Geflüchtete: Wohnsitzauflagen reduzieren die Chancen auf Arbeitsmarktintegration

Geflüchtete mit einem anerkannten Schutzstatus, die einer regionalen Wohnsitzauflage unterliegen, haben eine geringere Beschäftigungswahrscheinlichkeit. Die regionale Wohnsitzauflage senkt die Wahrscheinlichkeit, einer Erwerbstätigkeit nachzugehen, um rund sechs Prozentpunkte. Bei der Berechnung wurden die individuellen und regionalen Einflussfaktoren berücksichtigt. [Zusammenfassung und Download](#)

Bafög-Ratgeber für Zugewanderte

Die Ausbildungsförderung nach dem BAföG gestaltet sich in der Praxis insbesondere für Zugewanderte häufig schwierig, weil die Rechtslage komplex und für die Ämter für Ausbildungsförderung offenbar nur schwer handhabbar ist.

Prof. Dr. Matthias Knuth (Institut für Arbeit und Qualifikation der Universität Duisburg-Essen) hat einen [Ratgeber für Betroffene](#) zusammengestellt, der über ihre Rechte informiert.

Sie können damit abschätzen, ob Sie eine Chance auf finanzielle Studienförderung haben und ob es sich für Sie lohnt, einen Antrag beim Amt für Ausbildungsförderung zu stellen.

Handreichung zu Urheber- und Persönlichkeitsrechten

Der Paritätische Gesamtverband hat eine Broschüre zu Urheber- und Persönlichkeitsrechten in der Paritätischen Arbeit veröffentlicht.

Was gilt es bezüglich Urheberrecht und Recht am eigenen Bild eigentlich zu beachten? Welche Folgen kann es haben, wenn ich diese Rechte verletze? Was sind freie Inhalte und "Open Content" und wie können sie genutzt werden?

Auf 14 leicht lesbaren Seiten führt der Autor in die relevanten Rechtsgebiete ein und gibt Erläuterungen und praktische Hinweise für den (Öffentlichkeits-) Arbeitsalltag.

[Mehr Infos und Download](#)

Veranstaltungen

NEXTLEARN 2020 – Digitales Lernen in der Berufsausbildung

Wie funktioniert digitales Lernen in der Ausbildung? Welche Tools bietet der Markt dafür? Worauf muss bei der Einführung geachtet werden? Antworten auf diese Fragen lassen sich auf der von der AUBI-plus GmbH veranstalteten Pre-Konferenz zum Deutschen Ausbildungsforum (DAF) finden. Im Rahmen eines "Tool-Slam" werden außerdem die neuesten Anwendungen für das digitale Lernen in der Ausbildung vorgestellt.

Termin und Ort: 18. Februar in Berlin. Teilnahmegebühr ab 190 bis max. 980 Euro.

[Alle Infos und Anmeldung](#)

Fachtag: "Wettbewerbsanalyse Sozial- und Secondhand-Kaufhäuser"

Auf dem Fachtag werden die Ergebnisse der wissenschaftlichen Erhebung zu den Sozial- und Secondhand-Kaufhäusern aus dem Jahr 2019 diskutiert:

Was machen Andere anders? Welche Ansätze bieten die Ergebnisse für die weitere Arbeit? Welches Erfolgspotenzial haben digitale Methoden? Was wollen Kunden und Spender?

Der Fachtag findet in Kooperation von bag arbeit e.V., EFAS – Evangelischer Fachverband für Arbeit und soziale Integration e.V. und den diakonischen Werken statt und richtet sich an alle Interessierte.

Termin und Ort: 19. Februar 2020 in Frankfurt/Main. Die Teilnahmegebühr beträgt 95/70 Euro.

[Programm und Anmeldung](#)

Fortbildung zu alternativen Ausbildungsmodellen

Der Workshop der bag arbeit vermittelt Hintergrundwissen und rechtliche Grundlagen alternativer Ausbildungsmodelle wie Assistierte Ausbildung, Teilzeitausbildung und Verbundausbildung. Teilnehmende erwerben Kenntnisse über die praktische Umsetzung der Modelle und lernen Beratungsstrategien und Unterstützungsinstrumente für die Arbeit mit Jugendlichen kennen.

Termin und Ort: 23. April 2020 in Hamburg. Die Teilnahmegebühr beträgt 355/265 Euro.

[Alle Infos und Anmeldung](#)

Fördermittel für gemeinnützige Projekte

Die Veranstaltung der bag arbeit gibt einen Überblick über die grundsätzlichen Finanzierungsmöglichkeiten durch Fördermittel und über die notwendigen Arbeitsschritte zur Einwerbung öffentlicher und privater Zuschüsse.

Termin und Ort: 28. April in Würzburg. Die Teilnahmegebühr beträgt 355/250 Euro.

[Programm und Anmeldung](#)